

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Niedenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 139.

Dienstag den 26. November 1918.

18. Jahrgang.

Gibt es eine Gefahr großer Arbeitslosigkeit?

Regierung und der Übergang zur Friedensarbeit.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation erläßt eine Bekanntmachung, die einen Einblick in die Schwierigkeiten tun läßt, auch wenn man der Ansicht sein muß, daß sie des großen, weitestgehenden Juges gänzlich entbehrt, weil sie nur mit Zwangsmitteln und dergl. auf ganz rohe Unterbringung der Arbeiter abzielt, ohne etwas für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu tun. Die Bekanntmachung geht dahin:

„Die unproduktive Arbeit für Kriegsaufträge muß aufhören. Die Betriebe sind unverzüglich auf Friedensmaterial umzustellen. In diesem Zweck haben alle staatlichen Stellen, Gemeinden, öffentlichen Korporationen usw. ihre Friedensaufträge umgehend zu erteilen. Wesentliche Notstandsarbeiten werden in Auftrag gegeben werden. Mangels vorliegender Aufträge ist Friedensarbeit auf Vorrat herzustellen. Die Beschaffungsbehörden dürfen irgendwelche Ansprüche auf Herstellung von Kriegsmaterial aus laufenden Verträgen nicht mehr erheben. Die Industrie muß im Interesse möglichst baldiger Befriedigung friedenswirtschaftlicher Bedürfnisse auf den Anbruch, noch fernerhin herzustellendes Kriegsmaterial auszuliefern, grundsätzlich verzichten. Alle Friedensaufträge sind den noch laufenden Kriegsaufträgen unbedingt vorzuziehen. Arbeiterentlassungen dürfen nur erfolgen, wenn an anderen Stellen für Arbeit gesorgt ist. Arbeitslosigkeit ist unter allen Umständen zu vermeiden. Nur wenn ausnahmsweise das Ziel — Friedensarbeit ohne Arbeitslosigkeit — nicht sofort erreicht wird, können Kriegsarbeiten als Notarbeiten vorübergehend noch fortgesetzt werden. Bei der Bemessung des Entgelts ist als Grundsatz festzustellen, daß eine Gewinnerzielung aus solchen Arbeiten infolge ihres Charakters als Notarbeiten nicht in Frage kommen kann.“

Hier fehlt die Ordnung der Arbeitsgelegenheiten, die Bevorzugung und evtl. zwingende Anordnung von vorbereitenden Arbeiten, die erst die Möglichkeit für umfangreiche Arbeitsbeschaffung bieten. Jede Arbeit muß gemeinnützig sein, sonst schadet sie der Allgemeinheit mehr als sie dem Arbeiter nützt. Notstandsarbeit — die Fortsetzung der Kriegsarbeit ist noch als Notstandsarbeit der grimmigen Hohn! — tötet die Seele des Arbeiters, macht ihn zur Maschine, sobald er den gemeinnützigen Zweck der Arbeit verliert. Darauf hat man offenbar keine Rücksicht genommen.

Vorbereitende Arbeiten müssen bevorzugt werden. Die Zustände bei den städtischen Bauämtern, die unendlich lange auf die Prüfungen der Pläne warten lassen, die kleinliche Buchstabenhücherei mit meistens ebenso schlecht durchdachten wie minderwertig stilisierten Bauordnungen muß ein schnelles Ende nehmen. Einfachere Bauten müssen in Tagen instatt früher in Monaten erledigt werden, damit sofort an die vorbereitende Arbeit geschritten werden kann. Man muß doch annehmen, daß ein intelligenter Architekt seine Sache nicht schlechter versteht als die Beamten in den Bauämtern, und daher nicht auf jede kleine Berechnung in Nebenfragen der nachschickenden Kontrolle unterworfen zu werden brauchen. Damit wird viel „Notstandsarbeit“, die Nutzen bringt, geschaffen werden können, außerordentlich viel, da überall die Rede ist von großem Wohnungsmangel. Wenn das Demobilisationsamt anstatt dieser Bekanntmachung in alle irgendwie in Betracht kommenden Körperschaften mit der strengen Aufforderung zu energischer Beihilfe bei der Hypothekenbeschaffung von kleinen und mittleren Wohnungen und schließlich auch für andere Bauten vorgegangen wäre, wäre das sicher erfreulicher gewesen.

Und daneben dann die Rohstoffbeschaffung. Kohle und Erze und Kalk sind bei dieser Lage der Welt doch in jedem nur irgendwie zu beschaffenden Umfange zu verwerten, und zwar zum großen Segen für uns. Mit Kohle und Kalk und mit Halb- oder Fertigprodukten der Erze müssen wir uns doch die Rohstoffe aus dem Auslande erkaufen, damit wir unsere Industrie wieder in Gang bringen und unsere Bevölkerung kleiden und schließlich auch ernähren können. Unser Kohlenbergbau hat ungeheure Anlagen. Auch in den Zeiten der höchsten Konjunktur ist es fast nie vorgekommen, daß die Kohlenzechen & B. alle Anlagen vollständig ausnützen könnten. Da muß jetzt die volle Förderung einsetzen, soweit sie möglich ist; und soweit ihr Schwierigkeiten entgegenstehen, muß jede Hand, die keine Beschäftigung hat, angespannt werden, damit der Betrieb schnell im vollen Umfange ins Laufen kommt. — Nicht anders liegt es beim Kalk. Die Franzosen besetzen zwar

das Elsass, wo ebenfalls Kalklager sind, aber bis die Betriebe fertig sind, müssen wir unser Kalkmonopol gründlich ausnützen, sehr gründlich!

Eine sehr große Frage wird noch sein, wie die Textilarbeiterversorgung zu lösen ist. Do liegen die Dinge äußerst drückend. Die Rohstoffe für dieses Arbeitsgebiet mit seiner ungeheuren Arbeiterzahl, die unangenehmerweise noch in einzelnen Distrikten zusammenliegen, kommen fast durchweg aus dem Auslande. Wir müssen also zufrieden sein, wenn wir für diese aus den großen Beständen der Militärverwaltung wenigstens einige Zeit Arbeit beschaffen können. Die Militärbestände sind sehr groß. Das Heer wäre um der Textilstoffe willen nicht in Verlegenheit gekommen, selbst wenn der Krieg noch fünf Jahre gedauert hätte. Aber was ist das, was für das Heer Jahre ausreicht, für den unermesslichen Bedarf der Bevölkerung, bei der sich doch auch noch der technische und gewerbliche Bedarf melden wird? Und was vor allem machen diese Vorräte aus gegenüber dem Rohstoffbedarf der hungerigen Textil-Maschinen und ihrer Arbeiter? Das Schlimmste für die ärgsten Winterwochen aber wird mit unseren Vorräten vermieden werden können, und es ist zu hoffen, daß die Verteilung wirklich so vor sich geht, wie es im Interesse der Allgemeinheit liegt: ohne Bevorzugung jener Elemente, die sich immer vorzudrängen wissen und die jetzt glauben, bei dieser Regierung alles erreichen zu können.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Um den Schwierigkeiten bei der Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse, wie sie bei der Demobilisation zu erwarten sind, und daraus sich ergebenden Mifständen zu begegnen, ist — neben anderen Maßnahmen — zur Ergänzung der bisher freiwillig getroffenen Einrichtungen vom Reichsarbeitsamt der Entwurf einer Verordnung über Erwerbslosen fürsorge ausgearbeitet worden, der durch das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation in Kraft gesetzt wird. Diese Fürsorge ist nicht eine obligatorische Arbeitslosenversicherung, sondern eine Maßnahme ohne Versicherungszusatz.

Sie verfolgt den Zweck, für die Dauer eines Jahres geordnete und billige Grundzüge für eine Unterstützung, die nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen darf, zu schaffen. Träger der Fürsorge sollen in der Regel die Gemeinden, denen eine Pflicht zur Einrichtung der Fürsorge auferlegt wird, sein; sie haben selbst zwei Zwölftel der Kosten zu tragen, sechs Zwölftel werden ihnen aus bereitgestellten Reichsmitteln, vier Fünftel vom zuständigen Bundesstaat erstattet. Bei mangelnder Leistungsfähigkeit ist eine Erhöhung der Reichsbefehle vorgesehen. Unterstützt werden arbeitsfähige und arbeitswillige Personen im Alter über 14 Jahren, die infolge des Krieges sich in bedürftiger Lage befinden, weibliche Personen nur dann, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind.

Krieg zwischen Ungarn und dem Tschechenstaat?

Es konnte ja gar nicht anders kommen!

Der Streit um den Raub mußte ja zu Schwierigkeiten führen. Die von der Entente zu toller Begehrlichkeit aufgebeitzte Tschechengesellschaft in Prag rüßet bereits zum Kriege:

Prag, 21. Nov. Das Departement für nationale Verteidigung hat die sofortige Mobilisierung des gewesenen Landsturms, des ständigen Heeres, der Landwehr und des aktiven und Reservebestandes der Jahrgänge 99, 98, 97, 96 und 95 angeordnet. Auch die Superarbitrieren, Beurlaubten, Pensionierte und Invalide haben sich zu melden. Alle unter den Waffen stehenden bis zum 40. Lebensjahr haben im Militärdienst zu verbleiben.

Anzweifeln sind mehrere Abteilungen von tschechoslowakischen Legionären, welche an der Front im Verbande der italienischen Armee gekämpft haben, in Prag angekommen.

Frankreich hilft mit.

In einem Aufruf der tschechischen Abgeordneten über die Streiterei um die Slowakei, das Grenzgebiet von Ungarn und Böhmen, südlich Oberschlesien, wird mitgeteilt:

„Marshall Foch verkündete es durch die tschechoslowakische Regierung, daß mehrere französische Divisionen und tschechoslowakische Truppen schon auf dem Wege sind, um dem furchtbaren Benehmen der magyarischen Regierung ein Ende zu bereiten, damit die Slowaken für immer mit den tschechischen Brüdern in dem gemeinsamen Staate der tschechoslowakischen Regierung vereinigt seien.“

In Ungarn dürfte inzwischen die Erkenntnis aufgedämmert sein, daß man besser getan hätte, bei Österreich und den Mittelmächten zu bleiben. So

Süden reißt jetzt die Jungslaven, die sich um das serbische Nordostreich gruppierende Gesellschaft kleiner ordnungsfeindlicher Stämme, im Südosten die Rumänen, im Nordwesten in der Slowakei die Tschechen ein Stück von Ungarn ab. Die Entente ist natürlich nicht für Ungarn, trotz seines Verrates an Österreich, und so müssen die Herren in Budapest sich gefallen lassen, was die kleinen Raubnachbarn ihnen anzutun gedenken.

Eine seltsame Komit

bedeutet es freilich, daß die Ungarn sich gegen die Einrückung tschechischer Truppen in die Slowakei an die Entente wenden wollen. Die Verleumdung der Sachlage ist schon reichlich grotesk.

Zwangsmassnahmen gegen Hamsterei.

Nach Bekanntmachung des Beauftragten für den Frankfurter A. u. S.-Rat, Dr. Schmudde, sind von sofort ab alle in privaten Haushaltungen des Stadtbezirks Frankfurt a. M. befindlichen Vorräte an Getreide, Mais, Fleisch, Dauerwaren, Wurst, Zucker, Eier usw. beschlagnahmt und bis längstens 23. November zur Ablieferung zu bringen. Für jeden Haushaltsangehörigen darf einiges zurückbehalten werden. Wer gegen die Verordnung verstößt, hat sich vor dem A. u. S.-Rat persönlich zu verantworten.

In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung verlangten die Sozialdemokraten Auskunft darüber, in welcher Weise und in welchem Umfange der abgesetzte König von Sachsen mit Lebensmitteln beliefert worden sei. In der Begründung teilte ein Stadtverordneter mit, daß unter anderem an die Hofküche zum Privatgebrauch des Königs geliefert wurden: 36 Pfund Butter und 80 Pfund Fleisch wöchentlich; außerdem im Monat eine Extralieferung von 80 Pfund Fleisch. In der Zeit vom 1.—28. September seien 50 Pfund Mehl, ferner in 14 Wochen 250 Pfund Zucker und in jeder Periode etwa 1200 Eier geliefert worden. Die Hofwirtschaft hatte wöchentlich 10 Pfund Butter und 150 Eier erhalten. Beim Besuch des Kaisers Karl von Österreich seien angefordert worden: 40 Pfund Butter und 40 Pfund Fleisch.

Prinzessin Mathilde habe 25 Pfund Fleisch wöchentlich erhalten, zuletzt sei aber diese Menge auf fünf Pfund „gelöst“ worden, weil sie ein „Schweinchen“ (!!) geschlachtet habe. Ferner wäre ihr 7 einhalb Pfund Butter wöchentlich und 105 Pfund Zucker in jeder Periode zugeteilt worden. Von ihrem umfangreichen Hühnerhof habe sie nicht ein Ei abgeliefert.

Der Kronprinz habe verhältnismäßig wenig erhalten. Dem Minister des Innern Graf Bismarck, der besonders zum strengen Durchhalten ermahnt hätte, seien eine Reihe Extralieferungen zu — Repräsentationszwecken zugeteilt worden.

Das Hotel „Bellevue“ habe monatlich 250 Pfund Mehl, 100 Pfund Fett, 150 Pfund Zucker, 6 Pack Sahne, 2500 Eier und 100 Pfund Nährmittel erhalten.

Oberbürgermeister Blüher erklärte hierzu, daß alles seinen rechtmäßigen Gang gegangen sei. Ein Monarch habe Repräsentationspflichten, auch ein Präsident der Republik hätten solche. Die Reichs- und Landesstellen hätten die Sonderlieferungen an den Hof genehmigt, so daß die Stadtwirtschaft kaum ein Wort zu sagen habe.

Im Hofzug des kaiserlichen Königs wurden übrigens 7 Kannen Petroleum, 23 Zuckerrüben, 2 Pack Kaffee, 730 Pfund Mehl, 376 Kerzen und 29 Schok Eier beschlagnahmt.

Mit Stumpf und Stiel ausgerottet.

Die bayerische Regierung sagt in einem Aufruf an die Bauern: „Dem ganzen Volke kann soviel Fett gegeben werden, als unbedingt erforderlich ist zur Aufrechterhaltung der körperlichen Gesundheit und Kraft, wenn endlich der gerade auf dem Gebiete der Fettversorgung so unheimlich eingerissene Schleichhandel mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird. Diesen Schleichhandel könnt ihr ausrotten. Bauern! Ihr wißt genau zu unterscheiden zwischen den kleinen Hamstern, der in der Not das eine oder andere Pfund für sich und seine Familie außerhalb des gesetzlichen Rahmens kauft, und zwischen dem Schleichhändler, der das ganze Dorf abklopft und unter unerhörten Preisen die Rationen jeder irgendwie vorhandene Ware an sich reißt. Ihn soll der Bauernrat abfassen und zur gerechten Strafe sofort den Behörden übergeben.“

Politische Rundschau.

— Berlin, 22. November 1918.

— Wilson wird seine Reise zum Friedenskongress in Europa am 3. Dezember antreten.

Die Trennung von Staat und Kirche. Zu der Presseerklärung, daß die preussischen Staatszuschüsse zu den Gehältern der Geistlichen am 1. April 1919 eingestellt werden sollen, erfahren die „Berl. Pol. Nachr.“, die der Regierung nahesteht, daß die preussische Regierung noch gar keinen Beschluß über diese Frage gefaßt hat.

Herbst 1917 — Friedensangebot? Der jetzige bayerische Volks-Finanzminister Dr. Jaffe erklärt erneut:

„Daß ich persönlich im Spätherbst 1917 ein von dem Genf Vertrauensmann des Präsidenten Wilson mit übergebenes Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten in die Hände des Staatssekretärs v. d. Busche weitergeleitet habe. Dieser hat sich damals mir gegenüber verpflichtet, es dem Staatssekretär v. Kuhlmann weiter zu geben. Einige Wochen später ist ein entsprechendes Friedensangebot der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn in die Hände des Grafen Czernin übergeben worden. Auf beide Angebote ist trotz mehrfacher Anfragen der mit der Vermittlung betrauten Personen weder von Deutschland, noch von Österreich-Ungarn eine Antwort erfolgt.“

Eine Aufklärung muß hier erfolgen: man wird dann erkennen, ob die Leute, die sich den Herrn Jaffe, gerade diesen, zur Vermittlung aussuchten, ernst zu nehmen waren oder nicht.

Hierzu wird aus dem Auswärtigen Amt erklärt:

„Es sind damals allerdings von Herrn Jaffe gewisse Mitteilungen dem Auswärtigen Amt zugegangen und sie sind dort aufs sorgsamste geprüft worden. Es handelte sich, wie die Prüfung ergab, um nicht genügend autorisierte Mitteilungen, die Herr Jaffe von einem Amerikaner in der Schweiz erhalten hatte. Der betreffende Amerikaner galt damals hier nicht als zuverlässig, und diese Auffassung von ihm ist auch durch spätere Vorgänge bestätigt worden. Als man den Dingen nachging, stellte sich heraus, daß die Beziehungen des Herrn zu Wilson nicht so waren, wie er sie angegeben hatte.“

Ein neues Programm der Nationalliberalen veröffentlicht die parteiamtliche Korrespondenz. Es ist von den drei Zentralvorstandsvorsitzenden Friedberg, Stresemann und Vogel unterzeichnet und besagt u. a.:

„Wir treten auf den Boden der durch die Tatsache der Umwälzung geschaffenen demokratischen Staatsform, die sich auf das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht für beide Geschlechter stützt. Wir wünschen die Wahrung der Reichseinheit gegenüber Ablosungsbestrebungen und begrüßen mit voller Zustimmung die von den deutschen Ländern Österreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reiche. Lebensunfähige Staatsgebilde in Deutschland wünschen wir zu beseitigen. Wir treten ein für unbeschränkte Selbstverwaltung in städtischen und ländlichen Körperschaften auf demokratischer Grundlage.“

Wir fordern die Herstellung der Freiheit für Wort, Schrift, Verein und Versammlung, einen neuen Aufbau des Auswärtigen Amtes und der auswärtigen Vertretung. Wir bekennen uns zum Gedanken des Völkerbundes, und in ihm zu einer gleichberechtigten Stellung des Deutschen Reiches, dem sein Anspruch auf koloniale Betätigung erhalten bleiben muß.

Wir wünschen endlich die Schaffung eines Volksheeres nach den Erfahrungen dieses Krieges, die zu einer grundlegenden Aenderung der Anschauungen aller auf diesem Gebiete geführt haben.

Im Sinne der bisherigen Bestrebungen der uns angegeschlossenen Frauenorganisation wünschen wir der Frau im öffentlichen Leben weitestgehenden Spielraum zu geben und bis von ihr angestrebte Gleichberechtigung zu erwirken. Die wirtschaftliche Selbstständigkeit und Betätigung des einzelnen wollen wir auch im neuen Deutschland erhalten. Wir treten damit in bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergeßlichkeit aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches Ziel sehen.

Eine Vereinfachung des Verkehrsweßens durch Reichs-Eisenbahnen und Reichswasserstraßen soll den Wiederaufbau unserer Wirtschaft fördern.

Der Ausbau der Sozialpolitik hat neue Rechtsformen für das Verhältnis der Angestellten und Arbeiter zu den Unternehmungen zu schaffen.

Weiter wird erklärt:

1. Vor allem erscheint es uns, abgesehen von einzelnen Punkten des Zukunftsprogramms, notwendig zu sein, für Ruhe und Ordnung im Innern zu sorgen, und wir werden deshalb alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung unterstützen, die auf dieses Ziel gerichtet sind.

2. Wir müssen verlangen die schnelle Einberufung einer verfassungsmäßig und gesetzgebenden Körperschaft, ohne deren Zustimmung Aenderung der Gesetzgebung in bezug auf Staatsverfassung und Wirtschaftsverhältnis ungesetzlich bleiben.

3. Notwendig ist die schnelle Herbeiführung des Friedens, damit der Neuaufbau des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft sofort in Angriff genommen werden kann.“

Neue „Spartakus“-Revolution.

Ein Vorstoß gegen das Berliner Polizeipräsidium.

In der Freitagnacht wurde von Angehörigen der Spartakusgruppe ein Putz auf das Berliner Polizeipräsidium versucht.

Einige hundert Anhänger dieser Gruppe, die aus einer Versammlung kamen, begaben sich nach dem Polizeipräsidium, um dort angeblich in Haft befindliche politische Gefangene zu befreien. Das Polizeipräsidium war in der bisher üblichen Weise besetzt. Die Sicherheitsmannschaften hatten sich auf die verschiedenen Gänge und Abteilungen verteilt, als plötzlich von der Seite der Alexanderstraße her sich einige Personen den Eintritt in das Polizeipräsidium erzwingen.

Die gesamte Mannschaft des Polizeipräsidiums wurde sofort alarmiert und trat den Eindringlingen entgegen. Es kam zu einem Handgemenge, wobei von Schusswaffen Gebrauch gemacht wurde. Hierbei wurde ein Mann der Sicherheitswache verletzt. Von den Eindringlingen wurde einer getötet, zwei andere schwerverwundet, ein Mann und eine Frau — nach anderer Behauptung waren es zwei Frauen — wurden von der Menge fortgeschleppt.

Es gelang den Sicherheitskräften, die in das Polizeipräsidium eingedrungenen Personen festzunehmen und aus den Räumen des Präsidiums zu entfernen.

Die Untersuchung über die Urheber des Putzes ist noch nicht beendet.

Aus aller Welt.

Gegen die Politik bei den ABC-Schützen machen die Berliner Stadtschulräte Front. Sie haben an die Direktoren der städtischen höheren Schulen und an die Direktoren der Gemeindeschulen Berlins folgendes Ansprechen gerichtet:

„Die geänderte politische Lage bedingt mögliche Zurückhaltung für alle, die an der Bildung der Jugend arbeiten. Es wird deshalb dringend empfohlen, politische Erörterungen in der Schulküche zu unterlassen und keine politischen Rundgebungen zu dulden. Dahin gehört auch das Tragen von Abzeichen in roten oder den Nationalfarben. Von dem Takt und der Einsicht der Lehrer wird erwartet, daß sie keine Konflikte mit dem Elternhaus und den herrschenden Machtstellen herbeiführen werden. Wir ersuchen demnach, auch die Mitglieder des Kollegiums zur Besonnenheit zu ermahnen.“

Das Ende der Dienstbotennot kündigt man aus dem Industriegebiet an. Die durch die Heimkehr der Truppen notwendig gewordenen Verschleubungen in den industriellen Betrieben machen sich auf dem Dienstbotenmarkt dort schon recht erheblich bemerkbar. Zahlreiche Mädchen, die während des Krieges eine lohnende Beschäftigung in den Werkstätten für Heeresbedarf gefunden hatten, sind jetzt frei geworden und sehen sich nach Stellen im Hausdienst um. Die Dienstbotennot ist zu Ende, das Angebot hält jetzt wieder der Nachfrage die Waage, und es dürfte sie mit

fortschreitender Friedenswirtschaft bald überwiegen. — Die die „Betroffenen“ Mädchen mag dieser Übergang zunächst nicht angenehm sein, und angenehme Hausgenossen werden viele von ihnen für die Hausfrauen sicher nicht werden. Aber auf die Dauer ist es doch besser für sie, sie lernen dort Wirtschaften und ihren Zukünftigen ein angenehmes Heim bereiten.

„Gnädige Frau“ sieht nicht mehr! Eine Berliner Massenversammlung der Hausangestellten, die im „Reingold“, dem bekannten Weinrestaurant, tagte, begrüßte jubelnd die Beseitigung der Gesinnungsordnung durch die neue Volksgesetzgebung. Jetzt endlich seien auch die Hausangestellten freie Menschen und könnten ihren Herrschaften die gleichen Forderungen stellen wie freie Arbeiter. Unter anderem wurde verlangt: Die Einführung des Achtstundentages im Haushalt evtl. durch Einrichtung eines Schichtwechsels, grundsätzliches Verbot aller Hausarbeit nach 7 Uhr abends, im Notfall dürfen solche Arbeiten gegen Ueberstundenlohn gemacht werden. Ferner wurde die Freigabe aller Sonntagnachmittage mit Hauschlüssel verlangt. Auch die Fabrikanten kümmerten sich nicht darum, wenn ihre Arbeiterinnen nach Hause kämen. Die Abnahme des Zeitverhältnisses entsprechend erhöht, am besten durch einen festen Stundenlohn ersetzt werden. Die Rede „Gnädige Frau“ hat fortzufallen.

Das Abendessen soll offenbar abgeschafft werden; denn um 7 Uhr abends hat man doch noch nicht zu Abend gegessen! — Immerhin wird dem Mißbrauch, der von kurzfristigen Hausfrauen mit einer endlosen Ausdehnung der Arbeitszeit getrieben wird, jetzt sicher ein Ziel gesetzt werden; wobei es freilich ohne ärgerliche Auseinandersetzungen nicht abgehen kann.

Ein 60-Millionenraub wurde in Berlin verübt. Auf dem Schlesischen Bahnhof war der Geldtransport der Wladimir-Armee, der über 60 Millionen bares Geld enthielt, angekommen. Der Transport war am 12. November aus Bukarest abgefahren. Seine Bewachung bildeten 21 Mann und Unteroffiziere unter Führung eines Oberleutnants. Schon bevor er die deutsche Grenze erreichte, wurde der Zug wiederholt von Räubern angegriffen. Es gelang aber der Bewachung, den Schatz mit Erfolg zu verteidigen. Auf dem Schlesischen Bahnhof angekommen, glaubte man ihn endlich gesichert. Der Oberleutnant und die Offiziere verließen den Bahnhof, auch von den Mannschaften gingen die meisten in die Stadt. Nur 2 Unteroffiziere und 3 Mann blieben bei den Wagen zurück. Eine Räuberbande hatte von der Ankunft des Zuges gehört. Diese Diebesgesellschaft hatte unbefugt eine „Sicherheitswache des A. u. S. Rates“ gebildet. Sie „übernahm“ den Transport, indem sie die zurückgebliebenen Leute der Bewachung mit vorgehaltenem Revolver unter Todesandrohungen entwaffnete und ihnen die Kolarden und Treppen abnahm. Die Fahrer standen bereit, den Raub auf die mitgebrachten Wagen zu laden. Im letzten Augenblick kam eine von dem benachrichtigten Polizeipräsidenten Eichhorn entsandte Sicherheitswache und konnte die Räuber, die unterdessen ihre Taschen mit Geld vollgepfropft hatten, festnehmen.

Die „Liegenden Divisionen“. In einer der letzten Nächte erschienen in Bad Hatzburg mehrere mit Maschinengewehren armierte Militäranthos, die mit bis an die Zähne bewaffneten Matrosen besetzt waren. Zunächst begab sich eine Abteilung nach dem Hause des Stadtrats Meier, um ihn als Geisel festzunehmen. Danach plünderten sie an verschiedenen Stellen. Der herbeigeholte Soldatenrat griff ein und es gelang, zwei von der Bande zu verhaften. Die anderen entkamen.

Ein Hoffnungsstrahl für Raucher. Die deutsche Zentralfabrikanten für Heereslieferungen in Minden hat angeordnet, daß die in Belgien und den niederländischen Gebieten befindlichen Zigarrenbestände aufgelöst und ihre Bestände den Fabrikanten zur Verfügung für Handelszwecke überlassen werden. Ebenso ist die Verarbeitungen von Rohstoffen für Heereszwecke für die erste Aufhebung, die Tabake sind den Fabrikanten zur Verwendung für ihre Kundschaft freigegeben worden.

Ein Schlachthaus im großen wurde auf dem Bahnhof in Pleschen aufgedeckt. Bei Öffnung zweier Eisenbahnwagen fand man in einem über 45 geschlachtete

Rote Rosen.

Roman von O. Courths-Mahler.

10)

(Nachdruck verboten.)

Nun sahen sie sich gegenüber. Graf Rainer sah in die Weite dem Rauch seiner Zigarette nach. Dann agte er aufatmend:

„Also — ich muß Ihnen noch etwas mehr Arbeit aufbürden. In den nächsten Wochen muß das Witwenhaus insstand gesetzt werden, und sobald dann Gräfin Gerlinde übersiedelt ist, gibt es hier im Schloß auch noch dies und das zu tun. Am 10. Juli ist meine Hochzeit bereits, und ich gedenke, nach meiner Rückkehr von der Hochzeitsreise, so etwa Anfang August wird das sein, die Zimmer des verstorbenen Grafen Rochus im Westflügel zu beziehen. Für meine Frau muß dann noch mancherlei in den bisherigen Zimmern der Gräfin Gerlinde vorgerichtet werden. Wir besprechen das noch ausführlich. Ich werde also Ramberg gerade in der Erntezeit verlassen. Wenn ich auch meine Hochzeitsreise nur auf vier Wochen bemessen habe, so können Sie doch in all der Zeit nicht viel auf mich rechnen. So viel wie im vorigen Jahre kann ich Ihnen nicht helfen. Wird es Ihnen nicht zu viel werden?“

Heilmann wehrte ab.

„Was gehen muß, das muß gehen, Herr Graf. Keine Sorge darum. Graf Rochus ist ja auch oft den ganzen Sommer mit der Frau Gräfin auf Reisen gewesen, und es hat auch gehen müssen. Man tut mal ein bißchen mehr als seine Pflicht, und bei einem so gütigen und gerechten Herrn wird einem das nicht sauer. Also machen Sie sich keine Gedanken darüber, Herr Graf.“

„Nun gut — mein Gewissen habe ich nun Ihnen gegenüber erleichtert“, scherzte Graf Rainer. Heilmann lachte. Und dann fragte er mit sichtlicher Befriedigung:

„Wie wann wünscht die Frau Gräfin das Witwenhaus in Ordnung zu haben?“

„Ich habe noch nicht mit ihr darüber gesprochen. Es wird mir schwer, dies Thema zu berühren. Aber

in den nächsten Tagen wird sich wohl eine Gelegenheit dazu geben. Heute Abend habe ich der Frau Gräfin nur kurz die Nachricht von meiner Verlobung überbringen können. Sie hatte starkes Kopfschmerz und mußte sich zur Ruhe begeben.“

Heilmann machte sich über dieses Kopfschmerz seine Gedanken. Aber die sprach er nicht aus. Er freute sich nur sehr, daß in Ramberg eine andere Herrin einzuziehen würde. Gegen Gräfin Gerlinde hatte er einen tiefen, ehrlichen Groll, weil sie, wie er nur zu gut wußte, dem Grafen Rochus das Leben so schwer gemacht hatte.

Die beiden Herren besprachen noch allerlei, und dann zog sich Heilmann zurück.

Graf Rainer ging hinüber in den Speisesaal. Das war ein mächtiger hoher Raum, bis zur halben Höhe mit einer kostbaren Holzvertäfelung versehen. In langen Reihen standen ringsum an den Wänden die hohen Sessel, die nur gebraucht wurden, wenn Gäste im Schloß waren. Wichtige Kredenzen und Silbergeschänke waren direkt in die Wände eingebaut. Wie verloren stand in diesem weiten Raum die kleine runde Tafel, die für zwei Personen gedacht war. Sie war in eine zurückgebaute Kaminecke gerückt, die mit einem schweren, gobelinartigen Vorhang, der an Ringen über eine Messingstange lief, abgeschlossen werden konnte, so daß dann ein kleiner Raum entstand.

Hier pflegte Graf Rainer mit Gräfin Gerlinde die Mahlzeiten einzunehmen. Heute sah er allein. Der Diener schloß den Vorhang, sobald er Platz genommen hatte. Einsam nahm er das Souper ein und dachte an Josta. Wie lieb würde es sein, wenn sie ihm hier gegenüber saß und heiter und froh mit ihm plauderte.

„Liebe kleine Josta“, dachte er zärtlich.

Am nächsten Morgen sah Gräfin Gerlinde sehr bleich und elend aus. Dunkle Ringe lagerten um ihre Augen und sprachen von den Qualen, die sie in dieser Nacht erduldet hatte. Nun war sie scheinbar still geworden; aber wohl nur, weil ihr die Kraft fehlte, weiter zu kämpfen. Eine milde Resignation hatte sich ihrer vorläufig bemächtigt. Sie sah ein, daß sie nichts

tun konnte, um Graf Rainers Verlobung anzufechten. Aber auch durch diese Resignation lohnte ein verhaltenes Feuer, das alles verbrannte, was noch gut und edel in ihrer Seele gewesen war. Und dies Feuer hatte der glühende Haß entzündet, der in ihr erwacht war, der Haß auf Graf Rainers junge Braut.

Das eine stand fest bei ihr, daß sie nicht ruhig und tatenlos zusehen würde, wenn Graf Rainer mit seiner jungen Frau glücklich wurde.

Gräfin Gerlinde gehörte nicht zu den sehr en, groß angelegten Frauennaturen. Denen das Glück des geliebten Mannes über das eigene geht. Glücklich hätte er nach ihrem Wunsch nur werden dürfen, wenn sie selbst ihm dieses Glück bereiten konnte. Aus einer anderen Hand als der ihren, sollte er kein Glück empfangen. Und so fühlte sie schon jetzt die Bestimmung in sich, der Stiefmutter zu sein, der diese junge Ehe nicht zum Gedeihen kommen lassen würde. Sie wurde von dem festen Willen beherrscht, Josta so viel böse Stunden in Ramberg zu schaffen, als es in ihrer Macht stand. Aber — um hier in Ramberg Einfluß zu behalten, um ihre Pläne ausführen zu können, mußte sie jetzt Rainer eine Komödie vorspielen. Er durfte weder ahnen, daß sie ihn liebte, noch daß sie Josta haßte. Sonst würde er ihr Mißtrauen entgegenbringen und seine Frau vor ihr zu schützen wissen. Sie mußte ihn in Sicherheit wiegen, mußte sich um jeden Preis sein Vertrauen und seine Freundschaft erhalten und sich ihm im Richte der treuen, uneigennütigen Freundin zeigen.

Einen einzigen Trost hatte sie in all ihrem Elend, daß diese Verbindung nicht aus gegenseitiger Liebe geschlossen wurde. Und was sie tun konnte, wollte sie tun, um die beiden Gatten mehr und mehr zu entfremden. Dann kam vielleicht der Tag, wo Graf Rainer es als eine drückende Fessel empfand, an Josta gebunden zu sein, dann sehnte er sich vielleicht nach Freiheit, und dann —

Sie streckte die Arme wie in wilder Sehnsucht von sich.

(Fortsetzung folgt.)

weine, Fett und Schmalz, in den andern Wagen waren 100 Sack gutes Weizenmehl enthalten. Als es wurde ein Kaufmann in Pleschen ermittelt, der die Ware auf russischer Seite aufkauft, aber die Grenze gemuggelt hat und im Schleichhandel nach der Großstadt schenken wollte. Die Behörden beschlagnahmten die entwendeten Schiffe.

In Untertürkheim löste sich der Wagen eines Kraftwagens los und geriet steuerlos auf den Gehweg. Dabei wurden mehrere Kinder schwer verletzt.

In Burbach fuhr ein schweres Sanitätsauto zu einer Marschkolonnen hinein. Ein Mann wurde getötet, sechs verletzt und eine Anzahl leicht verletzt.

Auf Befehl des Ludwigsburger Soldatenrats wurden zwei Soldaten und ein Zivilist, die beim Plündern beschuldigt wurden, händelnd erschossen.

Der 19jährige Landwirt Paul Schmitz aus Döbberhof wurde nachts von Einbrechern, die er bei der Überraschung und verfolgte, erschossen.

Zwischen Krieg und Frieden.

Die letzten Räumungsabmachungen.

Für die Räumung im Westen gilt folgendes:
Am 27. 11. 18, 12 Uhr mittags müssen Luxemburg, Saarbrücken, ganz Elsaß-Lothringen geräumt sein; am 1. Dezember, 12 Uhr mittags, das Gebiet bis zur Linie südwestlich Aachen—belgisch-deutsche Grenze; am 5. 12. müssen die Gegenden westlich vom Rhein, von holländischer Grenze bis Düsseldorf, Erft-Schnitt, die westlichen Teile der Eifel, des Hunsrück und der Pfalz, Speyer geräumt sein; am 9. 12. müssen unsere Truppen den nördlichen Rhein bis Remagen überschritten haben; schließlich bis 13. 12. 12 Uhr mittags, muß der Rest westlich des Rheins zwischen Remagen und Worms sowie das Gebiet östlich des Rheins, nämlich die Brückenköpfe der neutralen Zone, geräumt sein.

Die Truppen der Entente werden jedesmal nach Ablauf der Frist in das geräumte Gebiet einrücken. In die ordnungsmäßige Uebergabe der betr. Zone zu erleichtern, ist jedoch folgendes vereinbart: Die Heeresgruppen bzw. A.O.'s werden mit den gegenüberstehenden Kommandostellen der Entente in Verbindung treten und die Befestigung größerer Städte, Bahnhöfe und anderer Punkte schon vor dem Zeitpunkt, an dem die 6-iger Truppen der Entente einrücken, vereinbaren.



Der Papst für die Friedensbescheinigung.
„Daily News“ erfahren aus Rom, daß der Papst den Brüdern Corretti nach den Vereinigten Staaten

geschickt hat, angeblich um ihn bei dem Jubiläum des Kardinals Gibbons zu vertreten, in Wirklichkeit aber um einen eigenhändigen Brief des Papstes an Wilson zu bringen. Er verlautet, daß der Brief mit den Versuchen Wilsons zusammenhängt, den Frieden zu beschleunigen. Der Papst erkennt diese Versuche in seinem Schreiben dankbar an.

Die Uebergabe der Tauchboote.

Neuer Bericht über die Uebergabe der deutschen Tauchboote:

Strenge Höflichkeit auf Seiten der Engländer und ein unterdrücktes mürrisches Wesen der Deutschen kennzeichnete die Uebergabe der Tauchboote. Vizeadmiral Tyrwhit hatte jede Rundgebung verboten, ebenso wie jeden Versuch der Verbrüderung. Tausende von Zuschauern hatten sich auf dem Kai von Harwich eingefunden, als die Schiffe den Fluß hinauffuhren und bei Parkeshouse vor Anker liefen. Die Deutschen gingen an Land und wurden an Bord eines Torpedosüßers gebracht, der sie zu ihrem Transportschiff brachte. Mit diesem traten sie die Heimreise an.

Die Grundzüge für die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen

sind nach den Vereinbarungen mit Hoch folgende:

Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weitergehen. 2. Alle zugunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge (Behandlung, Verpflegung, Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagruhe usw.) bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft. 3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt werden.

Nachdem die Station Aachen aufgelöst ist, kommen jetzt Austauschgefangene aus England über Holland in das Heimkehrlager Bremen, von wo sie in die Heimat entlassen werden.

Gefangennahme deutscher Truppen im geräumten Gebiet.

Wie wir erfahren, sind am Donnerstag größere Bestände durchmarschierender deutscher Truppen von der Entente zu Gefangenen gemacht worden. Insbesondere die Franzosen verfahren in rigoroser Weise, während sich die Amerikaner viel entgegenkommender und verständiger zeigen. Beispielsweise wurde in Schleifstadt (Elsaß) eine starke deutsche Truppe zu Gefangenen gemacht, noch bevor die Stunde der Abfahrt, wo sie das Land verlassen haben mußte, da war.

Ein deutsches Regiment interniert.

Marshall Hoch veröffentlicht folgende drahtlose Mitteilung: Das französische Oberkommando stellt fest, daß französische Kavallerie am 21. November in Gros Bois in Luxemburg, 40 Kilometer westlich von Dielrich ein deutsches Infanterie-Regiment vorgefunden hat. Da dieser Ort bereits am 21. November geräumt sein mußte, so mußten die dort vorgefundenen deutschen Truppen interniert werden.

Schlanc Pläne.

Es liegen jetzt eine ganze Reihe von Meldungen vor, die erkennen lassen, daß die in Deutschland wohnenden Polen unter der Führung des polnischen Volksrates und seines Vorsitzenden, Brälat Adamski,

mit aller Bestimmtheit erklären: Deutschland hat von uns keine Ausschreitungen zu befürchten, und wir werden es auch pflichtgemäß mit den bei uns überflüssigen Lebensmitteln und Kohlen versorgen.

Indem die Polen sich so als Ordnungspartei erweisen wollen, verfolgen sie das Ziel, vor der Entente den Nachweis zu erbringen, daß die Einbeziehung der in der Mehrheit von Polen bewohnten deutschen Gebiete in das zukünftige Polen eine Handlung staatsmännischer Klugheit sei, da die Polen den Befähigungsnachweis als Ordnungspartei ja erbracht hätten.

Dieser Sachlage entspricht die neueste Meldung, daß die Polen sich damit einverstanden erklärt haben, die deutschen von ihnen abgesetzten Vandalen wieder einzufügen. Nur einer ist ausgenommen, dessen geringere Geistesart für diesen Völkern unbestreitbar

ist. Ein Zugeständnis, das die Polen verlangen, ist die Fernhaltung aller nicht bodenständigen Truppen. Es verlautet, daß ihnen in diesem Punkte entgegenkommen wird.

Die Meldung von den auf den 3. Dezember angedachten Wahlen für einen polnischen „Teilgebietslandtag“ erfährt folgende Aufklärung:

„Diese Wahlen sollen dem Volke, der bisher kein ausdrückliches Mandat der polnischen Bevölkerung besitzt, ein solches verschaffen. Sie beziehen sich nicht auf bestimmte Gebiete, sondern auf alle in Deutschland wohnenden Polen, soweit sie in polnischen Vereinen organisiert sind. Der Zweck des „Teilgebietslandtags“ ist es nicht, vorzeitige staatsrechtliche Entscheidungen zu treffen.“

Aus all diesen Meldungen und der ganzen Lage geht hervor, daß die Polen bezüglich ihrer Forderung der Abtretung der überwiegend mit Polen bewohnten deutschen Gebiete in einer günstigen Lage sind. Das Deutsche Reich, das sich die schmerzhafteste Verkleinerung im Südwesten wird gefallen lassen müssen, steht auch im Osten vor einer kaum mehr abzuwendenden Verkleinerung.

Neuer Aufruf gegen Plünderungen.

Die Regierung erläßt folgenden Aufruf:

„Die Verpflegung des Heeres auf dem Rückmarsch ist durch Plünderungen von Verpflegungsmitteln und Verpflegungsmagazinen aufs äußerste bedroht.“

Heimat und Heer werden dringend aufgefordert, mit allen Kräften solche Vorkommnisse zu verhindern, da sonst ein Zusammenbruch der Verpflegung mit schlimmsten Folgen unausbleiblich wäre.

Plünderungen oder Versuch einer solchen hat schärfste Strafe zur Folge.“

Nachrichten.

Dr. Scheidemann über die Rechte der Regierung. Der Volksbeauftragte Scheidemann erklärte Pressevertretern: „Es sind zurzeit Verhandlungen über die Vollzugsgewalt im Gange, von denen ich annehme, daß sie zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Ich stehe auf dem Standpunkt und meine Freunde mit mir, daß die Regierung unter allen Umständen die Vollzugsgewalt haben muß, und daß in diese von keiner anderen Seite eingegriffen werden darf. Eine Regierung in die formwährend von anderen Stellen hineingeredet werden könnte, wäre vollkommen handlungsunfähig. Ich würde in einer Regierung keinen Tag bleiben, der so die Hände gebunden wären.“

Totales.

Δ Einschränkung des Paketverkehrs. Bis auf weiteres muß wegen Beförderungsschwierigkeiten die Annahme von Paketen nach ganz Elsaß-Lothringen sowie die Annahme von Paketen und Wertbriefen nach allen Osten Teils eingestellt werden. Außerdem ist der gesamte Postverkehr nach Osten südlich des Brenner und an der Strecke Innsbruck—Brenner gesperrt.

Δ Die militärische Ueberwachung des inländischen Postverkehrs ist aufgehoben. Die militärische Ueberwachung des inländischen Postverkehrs der deutschen Grenzgebiete ist allgemein aufgehoben worden. Alle Briefe — einschließlich der Wertbriefe und Postanträge — nach Osten in Deutschland können daher in diesen Gebieten wieder verschlossen aufgegeben werden, bezüglichen derartige Briefe, nach den in den Befehlsbereichen der Festungen Straßburg (Elsaß) und Neubreisach liegenden badiischen Orten.

Δ Feldpostsendungen nach dem Osten zulässig. An die Truppen der besetzten Gebiete im Osten (Rußland, Estland, Livland, Ukraine) sind Feldpostsendungen außer solchen mit Wareninhalt (Päckchen) nach wie vor zugelassen, während nach dem Westen der gesamte nichtamtliche Feldpostverkehr gesperrt ist. Um die nach den genannten besetzten Gebieten im Osten gerichteten Sendungen von vornherein als solche erkennen zu können und dadurch ihre Annahme und Weiterleitung sicherzustellen, empfiehlt es sich, in den Aufschriften neben der eigentlichen Feldadresse noch den

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler

31) (Nachdruck verboten.)

„Dann suchst du vielleicht eines Tages Trost in meinen Armen, Rainer — dann will ich dich beglücken, mit der ganzen leidenschaftlichen Zärtlichkeit, die ich für dich empfinde. Ich kann diese Hoffnung nicht aufgeben, nur sie wird mich das Leben ertragen lassen.“

Ihre Augen glänzten auf, und ihr leidenschaftlicher Charakter verließ sich mehr und mehr in den heißen Wunsch, Rainers Liebe trotz allem zu erringen, oder ihn doch wenigstens seiner künftigen Gattin zu entzweien.

Und wehe Josta von Waldow, daß sie sich zwischen sie und Rainer gedrängt hatte! Das würde einen Kampf geben bis zur völligen Niederlage der gekochten Redenbühlerin.

Gräfin Gerlindes müdes Gesicht belebte sich bei diesem Gedanken und bekam einen wilden, grausamen Ausdruck. So verging ihr der Vormittag.

Gegen elf Uhr schickte Graf Rainer einen Diener herüber und ließ sich nach ihrem Befinden erkundigen. Sie ließ ihm sagen, sie sei wieder leidlich wohl und würde ihm beim Diner Gesellschaft leisten.

Gewöhnlich sahen sich Graf Rainer und Gräfin Gerlinde erst beim Diner. Am Vormittag war der Graf stark beschäftigt, ritt in den Forst oder auf die Felder, hatte geschäftliche Konferenzen und frühstückte stets allein. Er war an eine rege Tätigkeit gewöhnt und liebte die Arbeit um ihrer selbst willen.

Gräfin Gerlinde war auch den ganzen Vormittag beschäftigt, aber auf andere Weise. Stundenlang hatte sie mit der Pflege ihrer Schönheit zu tun. Bäder, Maniküre, Körpermassage, Gesichtsmassage und allerlei Training, um die zur Fülle neigende Gestalt schlank zu erhalten, nahmen ihre Zeit und die ihrer Joste in Anspruch.

Nachdem sie diese Pflichten gegen ihre Schönheit erfüllt hatte, ruhte sie meist ein Stündchen bei einer leichteren, erheitenden Lektüre, und daran schloß sich

ein kurzer Spaziergang, bis es Zeit war, zum Diner Toilette zu machen.

Am Morgen fand die Gräfin wenig Gefallen. Sie gehörte zu den Schönheiten, die nur in der Ruhe wirkten. Wenn sie erschauert war, sah sie unvorteilhaft aus, und deshalb liebte sie den Reitsport nicht, trotzdem es sie oft kostete, Graf Rainer auf einem Spazierritt zu begleiten.

So traf sie auch heute erst beim Diner mit dem Grafen zusammen. Er sah mit Bedauern, wie bleich sie war, und wie matt ihre Augen blühten. Dabei erschien sie ihm aber fast noch schöner als sonst, und er mußte sie bewundern. Mitleidig fragte er sie nach ihrem Befinden. Sie gab ihm freundlich Auskunft mit ihrem alten, sanften Lächeln. Er hätte am liebsten sofort mit ihr über ihre Umstellung nach dem Witwenstand gesprochen; aber seiner vornehmen, ritterlichen Natur war es schwer, ihr wehe tun zu müssen. So verschob er es noch, bis sie wieder völlig erholt sein würde.

„Ich freue mich, daß dein Kopfweh vorüber ist, Gerlinde“, sagte er herzlich.

Sie lächelte ihm zu.

Es war sehr arg, Rainer, so arg, daß ich kaum wußte, was ich sprach. Was mußte du nur gestern für eine schlechte Meinung von mir bekommen haben! Schon den ganzen Tag hatte ich mich mit einem heftigen Unwohlsein geplagt, aber ich wollte dich nicht merken lassen und glaubte, mich bezwingen zu können. Die Baronin Rittberg war zum Tee bei mir und redete mir so sehr zu, daß ich die Trauerkleider ablegen sollte. Ich tat es dann auch, fühlte mich aber dabei recht schlecht. Und dann — sie lächelte schelmisch, und nur sie allein wußte, was sie dies Lächeln kostete, „dann brachst du mir auch noch eine so aufregende Nachricht nachhause. Es wurden so viel trübe Gedanken in mir wach, Erinnerungen an vergangene Zeiten — und da streikten meine Nerven jämmerlich. Ich habe mich geschämt, aber es half nichts. Du mußt mir verzeihen. Ich habe auch in der Nacht sehr schlecht geschlafen.“

„Arme Gerlinde. Wenn ich das geahnt hätte, dann hätte ich sicher meine Mitteilung bis heute verschoben. Ich muß dich um Verzeihung bitten.“

Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„O nein — was denkst du! Ich hätte es sehr übel genommen, wenn du mir diese Nachricht erst heute gebracht hättest. Ich habe doch als deine beste, treueste Freundin ein Anrecht, zu wissen, welche Veränderung in deinem Leben bevorsteht.“

Arglos und erfreut lächelte er ihr die Hand und fand, wie schon oft, daß sie eine sehr charmante Frau sei.

„Es ist so freundlich von dir, Gerlinde, daß du so regen Anteil an meinem Geschick nimmst.“

Sie atmete tief auf. Es wurde ihr zu eng in der Brust.

„Ja, das tue ich, Rainer. Das macht — du bist mir so viel geworden in diesem einsamen Trauerjahr. Ich habe deine Freundschaft wie etwas Kostbares empfunden und bin dir so dankbar dafür. Aber gerade, weil du mir so viel geworden bist, war mir gestern zumute als müßte ich dich warnen vor einem vorzeitigen Schritt. Ich war eben nervös, und dann sehe ich alles grau in grau oder gar in schwarzen Farben. Fast glaube ich, daß ich dir nicht einmal Glück gewünscht habe zu deiner Verlobung, wenigstens nicht mit Worten. Im Herzen habe ich es sicher getan. Jetzt will ich es auch mit Worten tun. Hier meine Hand, Rainer — Gott schenke dir das Glück — das ich für dich erwünsche.“

Er lächelte ihr die Hand. Wenn Gerlinde wirklich durch seine Verlobung vor manch Opfer gestellt wurde, so fand sie sich, wie er vorausgesehen hatte, großherzig damit ab.

„Ich danke dir, teure Gerlinde.“

Sie nickte ihm lächelnd zu.

„Und natürlich nehme ich an der Verlobungsfeier teil, das ist ja selbstverständlich. Ich muß mir doch deine Braut sobald als möglich ansehen!“ fuhr sie fort.

Zusatz „Öfen“ anzubringen.

△ **Weihnachtsbesgaben für unsere Kriegsgefangenen in Feindesland.** Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz wendet sich in einem Aufruf an seine Landes- und Provinzialvereine mit der Bitte, unseren in Kriegsgefangenschaft befindlichen Brüdern als Zeichen liebevollen Gedankens aus der Heimat eine Weihnachtsgabe zu übermitteln. Ohne Unterschied der Person soll jeder ein gleichwertiges Weihnachtsgeschenk erhalten als Zeichen dafür, daß die Heimat ihre tapferen Verteidiger auch in Feindesland nicht vergißt.

Die Liebesgaben sendungen für die englischen Kriegsgefangenenlager sind bereits Ende Oktober von Holland an die Hilfsausschüsse aller englischen Lager abgegangen. Die in französischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Deeresangehörigen werden von Barcelona aus versorgt. Die Liebesgaben bestehen aus Lebens- und Genussmitteln, die im neutralen Auslande angekauft worden sind. Die für Frankreich bestimmten Pakete werden außerdem noch Wäsche enthalten. Da durch die geplante Spende jeder Gefangene seinen Anteil zu Weihnachten erhält, werden sich Sonderverordnungen erübrigen. Die Annahme von Aufträgen für den Versand von Normalpaketen ist deshalb am 1. November eingestellt worden. Die Sperre dauert bis zum 22. Dezember.

Die Kosten der geplanten Weihnachtsspende belaufen sich für jeden Gefangenen auf etwa 10 Mark. Es wäre wünschenswert, daß sich für diese allgemeine deutsche Weihnachtsspende überall offene Herzen und Hände finden! Geldbeiträge sind den zuständigen Provinzial- und Landesvereinigungen vom Roten Kreuz (Hilfe für Kriegsgefangene Deutsche) mit der näheren Bezeichnung „für Weihnachtsspende an deutsche Kriegsgefangene“ baldigst zu überweisen.

* In dem Versammlungsbericht in unserer Nummer vom Donnerstag letzter Woche ist unserem Herrn Berichterstatter anscheinend ein Irrtum unterlaufen. Wir lassen entsprechende Berichtigung folgen: „Ihr Bericht über die freimüthige Versammlung vom Sonntag ist insofern richtig zu stellen, als ich keineswegs die neue Republik als großartige Errungenschaft gepriesen habe, sondern erklärte, daß wir uns nach der Flucht der alten Gewalten auf den Boden der Republik gestellt haben in der Hoffnung, daß der neue Staat uns kein Klassenherrschaft von links bringt, wie wir im Alten eine solche der Junker- und des Militärs zu beklagen hatten, sondern daß auch der Bürgerschaft volle Mitwirkung zugestanden wird.“

Wißt. Miel.
* Festlich geschmückt war unser Ort am Totensonntag anlässlich der Heimkehr unsere Krieger. Mancher Haushalt freute sich der Rückkehr heimkehrenden lieber Angehöriger. Aber auch viele haben den bitteren Kelch bis zur Reize leeren müssen. Sind es doch 132 Tote die freudig hinaus- zogen und nicht wiederkehrten. Hierzu kommen noch etwa 20 die in Bierstadt geboren, aber einen anderen Wohnort hatten. Also rund 150 Tote hat Bierstadt in diesem Kriege zu beklagen.

Nassauisches Landestheater Wiesbaden.
Mittwoch, 27. Aufg. Ab. Egmont. 7 Uhr.
Donnerstag, 28. Ab. D. Aida. 7 Uhr.

Kurhaus Wiesbaden.
Konzerte in der Rochbrunnenanlage täglich an Wochentagen 11, Sonn- und Feiertags 11 Uhr.
Donnerstag, den 28. November 4 u. 8 Uhr Abonnements- Konzert des Kurorchesters.
Freitag, den 29. November 4 Uhr: Abonnements-Konzert des Kurorchesters.

Bekanntmachungen.

Anträge auf Zulassung zur Versteigerung arbeitsfähiger Militärpferde bei der Demobilisierung für Landwirtschaft, Industrie u. Gewerbe sind binnen 3 Tagen auf der Bürgermeisterei hier abzuholen.

Der Bürgermeister. Hofmann.
Bierstadt, den 26. November 1918.

Zufolge ergangener Anordnung ist den Truppen Wein und sonstige Alkohole nicht in größeren Mengen zu ver- abfolgen, da durch unmaßigen Alkoholgenuß die Disziplin bedenklich gefährdet wird.

Bierstadt, den 26. November 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Am dem 28. November ist die Gültigkeitsdauer der roten Kartoffelkarten abgelaufen. Von diesem Tage an dürfen Karoffeln auf diese Karten nicht mehr verabsolgt werden.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß für die Ver- sorgungszeit vom 24. Nov. 1918 bis 15. August 1919 die blaue Kartoffelkarte, beginnend mit der Marke der 48. Kalenderwoche in Kraft tritt. Jede Marke trägt das Datum ihrer Gültigkeit. Der Bezug von Kartoffeln auf noch nicht gültige oder abgelaufene Marken wird bestraft.

Hierzu ist auf die Einhaltung des Systems der festen Rationskarte hinzuwirken. Personen die bis 22. Nov. nicht in die Liste eingetragen sind, sind nicht bezugsberechtigt.

Die neuen Karten dürfen nur gegen Rückgabe der Stammschnitt der roten Karten an Personen verausgabt wer- den, die als bezugsberechtigt anerkannt sind.

Diese Personen haben auf der Kartoffelkarte ihren Namen und den der Verkaufsstelle einzutragen bei welcher sie zum Kartoffelbezug in die Kundenliste eingetragen.

Wiesbaden, 21. Novbr. 1918.

Der Vorsitzende des Kreisamtes:
von Heimburg.

Wird veröffentlicht.

Bierstadt, den 26. November 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Am Donnerstag, den 28. November gelangen im hies. Rathause (unterer Rathausaal) die Fleischkarten in der Zeit von 8—1 und 3—6 Uhr zur Verteilung.

Bierstadt, den 26. November 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Die Liste der Handwerker, die sich an der Abstimmung über die Errichtung einer Zwangsplanung für das Schuh- macherhandwerk im Landkreis Wiesbaden beteiligt haben, liegt vom 2.—16. Dezember cr. im Zimmer 6 des Land- ratsamts zur Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten öffentlich aus.

Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Bierstadt, den 26. November 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Infolge der militärischen Demobilisierung werden die Truppen nach der Heimat abtransportiert. Verpflegung u. Unterkunft regeln die Militärbehörden. A. Späterade Trup- pen sollen in der Heimat verbleiben. Zu diesem Zweck werden mit Hilfe der Ortsbehörden und wirtschaf- lichen Organisationen bei Wohnung, Auskunfts und Ver- pflegungsstellen eingerichtet.

Um dieser schwierigen Aufgabe gewachsen zu sein, bedarf es der weitgehendsten Unterstützung. Private Hilfsbereitschaft muß hier helfend eingreifen.

Die hies. Gemeinde werden dringend gebeten, die weit- gehende Unterstützung bei der Verpflegung und Unterkunft der Truppen zu gewähren.

Bierstadt, den 26. November 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Es wird darauf hingewiesen, daß diejenigen militärischen Personen, die ordnungsgemäß entlassen sind und einen Ausweis darüber bei sich führen, keinerlei Eingriffe seitens der Okkupationsgruppen zu gewärtigen haben. Alle anderen laufen Gefahr von den feindlichen Okkupationsgruppen in- terniert zu werden.

Der Vollzugsarschuh des Soldatenrates: Dieß.

Gouvernement: Sommer, Major.

Die Telegraphen-Verwaltung ist angewiesen, alle Tele- gramme und Gespräche von Zivilpersonen zurückzuweisen, außer dringenden Telegrammen und Gesprächen, damit die geregelte Abwicklung von Dienstsprechungen und Telegram- men ermöglicht wird.

Sämtliche Zivilpersonen, die mit militärischen Bekleidungs- stücken und Wäse betroffen werden, haben zu gewärtigen von Militärpatrouillen festgenommen zu werden um sie den Zivilgerichten zuzuführen. Die Patrouillen sind mit ent- sprechender Anweisung versehen.

Zur Ueberführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden ist eine Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung“ errichtet worden. Das Demobilisierungsamt gibt bekannt: Alle von den deutschen Kriegsmilitären, Seefahrern, Ger.-Kommandos, Gouvernements usw. erlassenen Befehlsanweisungen über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse bleiben in Kraft. Ihre Abänderung und Aufhebung, sowie die nötigen allge- meinen Ausnahmen und s. w. werden vom Demobilisierungsamt erlassen werden. Die Kriegsoffiziere, die angestellt bleiben und handelt im Auftrage des Demobilisierungsamtes.

Im Auftrage des Reichs- und Soldatenrates: Rüdiger.

Gouvernement: Sommer, Major.

Gewerbebeschule Bierstadt.

Nach der Verfügung des Zentralvorstandes des Gewerbe- vereins für Nassau sind alle bisher erteilte Beurlaubungen von Fortbildungsschülern sofort aufgehoben, um den heim- kehrenden Kriegern Erwerbsmöglichkeit zu beschaffen. Da nun auch die landwirtschaftlichen Arbeiten soweit beendet sind, und die heimkehrenden Arbeitskräfte einen anderweitigen Ersatz nicht mehr erfordern, werden alle fortbildungs- schulpflichtigen jungen Leute, einerlei, ob sie im Gewerbe oder in der Landwirtschaft tätig sind, hierdurch aufgefordert von jetzt ab den Zeichen- und Sachunterricht pünktlich zu besuchen. Versäumnisse müssen auf Grund der bestehenden Disziplinarmaßnahmen unachlässig bestraft werden.

Die Schulleitung

i. V.: Vins, Lehrer.

Beachten Sie unsere Inserate!

Beleuchtungskörper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise.

Flack, Wiesbaden, Luisenstrasse 44

neben Residenztheater.

Bei Schneefall

werden jederzeit Männer und Frauen sowie Schüler der älteren Klassen angenommen.

Ausweisarten und nähere Auskunft werden erteilt vor- mittags von 9—12 Uhr im

Büro des Wiesbadener Trottoir-Reinigungs- Instituts, Hochstättenstraße 4.

20 Pferde
und frisches Pferdefleisch
zu verkaufen.

Frau S. Barmann Ww.
Erbenheim.

Die Lichtnot hat ein Ende

durch den Gebrauch meiner Brennlampe.

Drogerie Arthur Lehmann

— Bierstadt —

Wiesbadenerstraße 4, Ecke Adlerstr.
— Telefon 3267. —

Frisches Pferdefleisch

Heute Dienstag von 5 Uhr und morgen Mittwoch
von 5 Uhr ab prima Pferdefleisch

Hermann Weis, Erbenheim

Gegen Haarausfall

ist ein altbekanntes Mittel mein

antiseptisches

Kamillen-Kopfwasser.

Feste und flüssige Brillantine.

Gustav Herzig

Wiesbaden Tel. 314 Webergasse 10

Landwirte Achtung!

Alle Reparaturen an Maschinen schnell und billig bei
E. Pfeil, Wiesbaden, Friedrichstr. 44. Tel. 6801

Gegen Schuppen, Schinnen Haar-

ausfall von sicherer Wirkung ist

Peka - Haarwasser

Regt den Haarwuchs mächtig an und ist

als Schuppenwasser unerreicht.

Haaröle (Friedensqualitäten)

Shampoo zum Kopfwaschen, Zahnbürsten,

Zahnpasten.

Drogerie Arthur Lehmann

Bierstadt, Wiesbadenerstr. 4

Ecke Adlerstraße, gegenüber der Post.

Telefon 3267.

Fenchel-Honig- Extrakt

vorzüglich bewährt bei Husten

Heiserkeit und Verschleimung.

Kofal-Tabletten

gegen Husten, wieder ein-

getroffen.

Drogerie

Arthur Lehmann,

— Bierstadt, —

Wiesbadenerstraße 4, Ecke

gegenüber der Post.

Telephon 3267.

Eine Büglerin

und Leinwandnäherin gesucht

Wiesbadener Straße 41.

2 fast neue eiserne

— Betten —

und Versch. zu verkaufen.

Mitt. v. 11—12 Uhr

Hermannstraße 1, 1.

Buchstern

zu kaufen gesucht, Pfund

1.80 Mt. Bierstadt,

Taunusstraße 9, 2.

— Stärkewäsche —

zum waschen und bügeln

wird angenommen.

Schrödel,

— Adlerstraße 4. —

Strauss Rüsche



Jetzt
unver-
züglich
für jede
Dame
in allen
Preislagen
Grosse Auswahl
**Eigene Zurecht-
herstellung von**
Boas u. Straussfedern
Waschen, Kräuseln
Reihenbinden u. s. w.
Heinrich Fried
Wiesbaden, Kirchgasse 50